



Hilfe für Afghanistan

Es ist irreführend, wenn in der öffentlichen Diskussion der Eindruck erweckt wird, es gehe im Moment nur um die Frage der militärischen Reaktionen auf die Terroranschläge und der deutschen Beteiligung daran. In Wirklichkeit unterstützt die SPD-Bundestagsfraktion den Bundeskanzler und die ganze Bundesregierung dabei, jetzt wichtige politische, diplomatische und soziale Aufgaben im Kampf gegen den Terrorismus zu übernehmen. Im Bereich der internationalen Politik sind das vor allem folgende:

1. Die Organisation der Humanitären Hilfe für die Zivilbevölkerung in Afghanistan

- Deutschland hat in diesen Wochen dafür die Führungsrolle übernommen (Präsidentschaft in der „Afghanistan Support Group“).
- Die Bundesregierung hat mit einer Aufstockung ihrer Hilfspro-

gramme um 51 Mio. DM ein Beispiel gegeben, das die Bereitstellung zusätzlicher Mittel im EU-Rahmen und in mehreren anderen Ländern mit angestoßen hat.

- Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert über den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen mit 9,5 Mio. DM Projekte zur Verbesserung der humanitären Lage von etwa 425.000 Flüchtlingen in Pakistan und 80.000 Flüchtlingen im Iran. Insgesamt stellt das BMZ 28 Mio. DM für Nahrungsmittel, Not- und Flüchtlingshilfe zur Verfügung.
- Bei den Reisen des Außenministers u.a. nach Pakistan, Tadschikistan und Iran stehen die praktischen Fragen der Humanitären Hilfe im Mittelpunkt der Gespräche.

Moment mal...

„Im ungünstigsten – und aus gegenwärtiger Sicht wahrscheinlichsten – Fall muss die Union einen Kanzlerkandidaten küren, der nur deshalb antritt, weil niemand sonst für die Niederlage verantwortlich sein will.“

(Handelsblatt, 11.10.01)

In dieser Ausgabe:

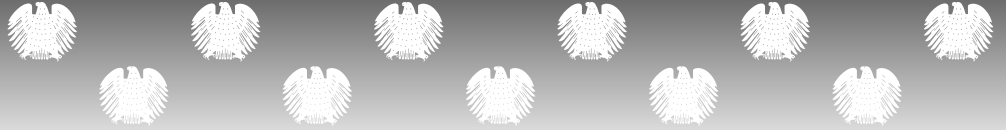
| | |
|---------------------------|---|
| Reform des Meister-BAföGs | 3 |
| Zur CDU | 4 |
| Zum Vertrag von Nizza | 4 |



Fortsetzung von Seite 1

2. Vorbereitung für eine bessere Zukunft von Afghanistan

- Das Taliban-Regime deckt nicht nur das weltweit operierende Terroristen-Netz des Osama Bin Laden, es hat auch die ökonomischen, sozialen und politischen Lebensgrundlagen der eigenen Bevölkerung so massiv zerstört, daß Millionen von Menschen auf die Hilfe von außen angewiesen sind. Zur Beendigung dieses Regimes gibt es deshalb keine Alternative. Man wird aber nur dann genügend Mitstreiter für einen Neuanfang finden, wenn die politischen Angebote für den Übergang zu einer Post-Taliban-Ordnung als fair und überzeugend wahrgenommen werden.
 - Wir unterstützen die Bemühungen der Bundesregierung, bei diesem entscheidenden Prozeß mit hohem Profil, aber zurückhaltender öffentlicher Selbstdarstellung mitzuwirken.
 - Ein richtiger politischer Ansatz ist es, daß dabei nicht eine kurzfristige Ablösung der Taliban durch eine beliebige Alternative sondern eine nachhaltige politische Stabilisierung Afghanistans angestrebt wird. Eine vernünftige Etappe kann dabei die Einberufung eines "Obersten Rates" aus allen politischen und ethnischen Gruppen sein, einschließlich der im Exil lebenden Gruppen, des Ex-Königs und der gemäßigten Pasch-
- tunen. Wir unterstützen ausdrücklich amerikanische Vorschläge, in eine künftige gesamtafghanische Regierung auch Vertreter des nichtradikalen Taliban-Flügels einzubeziehen.
- Für die Übergangszeit plädieren wir für eine Schutzfunktion der Vereinten Nationen, ohne daß dabei der Selbstbestimmungscharakter des politischen Neuanfangs infrage gestellt werden darf.
 - Westliche Hilfe scheint uns besonders gefragt bei den Aufgaben des ökonomischen Wiederaufbaus, dessen Ziel es sein muss, eine wirtschaftliche Unabhängigkeit der Bevölkerung von der Produktion und dem Handel mit Drogen und von anderen illegalen Erwerbsquellen zu erreichen.
 - Afghanistan muß wieder ein Land werden, von dem weder Bedrohungen für seine Nachbarn noch für die Weltgesellschaft ausgehen. Dafür können europäische Erfahrungen aus den Integrations- und Stabilisierungsstrategien der letzten Jahre nutzbar gemacht werden. Aber es darf nie der Eindruck entstehen, dass eine Ordnung von außen aufoktroziert werden soll.
 - Der Post-Taliban-Prozess bietet die Chance, die konstruktiven Teile des Antiterrorkampfes in den Vordergrund zu stellen, statt alle Scheinwerfer immer nur auf die Anwendung von Zwangsmitteln gegen die Terrornetze und ihre Schützer zu richten.



Reform des Meister-BAföGs

Letzte Woche haben wir in 1. Lesung die Reform des Meister-BAföGs beraten. Die Reform ist nötig, weil sich das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz der alten Bundesregierung für die Praxis als unzureichend erwiesen hat. Angesichts des rasanten technischen Entwicklungen und des sich abzeichnenden Fachkräftemangels kommt der beruflichen Weiterqualifizierung eine herausragende Bedeutung zu.

Mit diesem Gesetz, das am 1. Januar 2002 in Kraft treten soll, wird der Kreis der Geförderten und der Anwendungsbereich der Förderung erweitert und die Leistungen werden insgesamt erheblich verbessert.

Die Kernpunkte der "Meister-BAföG"-Reform sind u.a.

- **Verbesserung der Existenzgründerkomponente:**
Durch eine Reihe von Verbesserungen wird die Existenzgründerkomponente des Gesetzes so ausgestaltet, dass sie auch tatsächlich die gewünschten Impulse für mehr Betriebsgründungen und -übernahmen sowie Arbeits- und Ausbildungsplätze geben kann. Um potentiellen Existenzgründern den Schritt in die Selbständigkeit zu erleichtern, werden - als Voraussetzung für den Darlehenserlass - die Fristen für die Existenzgründung von zwei auf drei Jahre und

zur Einstellung von zwei Beschäftigten von einem auf zwei Jahre verlängert. Der Darlehenserlass wird von 50% auf 75% angehoben.

- **Verbesserte Förderung für Familien, Frauen und Alleinerziehende:**

Für Alleinerziehende und Familien mit Kindern werden die Möglichkeiten einer beruflichen Weiterbildung verbessert. Sie erhalten künftig bessere Förderkonditionen bei Vollzeit- und Teilzeitfortbildungen. Hierzu wird der Kinderzuschlag beim Unterhaltsbeitrag von 250 auf 350 DM und der Kinderbetreuungszuschuss auf 250 DM angehoben. Kindererziehung wird stärker als bisher berücksichtigt. In Härtefällen wird das Darlehen für Alleinerziehende gestundet oder sogar erlassen.

- **Verbesserte Förderung der Fortbildungsmaßnahme:**

Wer sich neben dem Beruf fortbildet, erhält künftig einen Zuschuss von 35% zur Förderung der Lehrgangs- und Prüfungsgebühren ("Maßnahmebeitrag"). Die Kosten des Meisterstücks oder vergleichbarer Prüfungsarbeiten werden künftig als Darlehen bis maximal 3000 DM in die Förderung einbezogen. Die zins- und tilgungsfreie Karenzzeit für die Darlehen wird auf maximal sechs Jahre ab Maßnahmebeginn erhöht.

| | | | |
|--|---|---|---|
| Bodo Seidenthal, MdB | Büro: Paul-Löbe-Haus, Zi. 7.237/39/41 Telefon: 030/227-7 38 66 | Bürgerbüro: Schuhstraße 24 38350 Helmstedt Telefon: 0 53 51/59 98 27 | Wahlkreisbüro: Schillerstraße 6-8 38440 Wolfsburg Telefon: 0 53 61/1 44 18 |
| Postanschrift: Platz der Republik 1 11011 Berlin | Fax: 030/227-7 64 19 E-Mail: bodo.seidenthal@bundestag.de Ansprechpartnerin: Katharina Fricke | Ansprechpartnerin: N. N. | Ansprechpartner: Dirk Roller |

Illusorische Forderungen der CDU/CSU

Die Unionsparteien haben in der letzten Woche mal wieder all das gefordert, was gut und teuer ist: Mehr Geld für die Bundeswehr, mehr Geld für die innere Sicherheit, mehr Geld für die Entwicklungshilfe, natürlich mehr als wir jetzt zusätzlich bereitstellen.

Aber die Finanzierung, die wir machen und machen müssen, weil wir solide sind, die lehnen sie ab.

Dazu kam dann auch noch die bekannte Forderung nach einem Familiengeld, nach ei-

nem Konversionsprogramm für militärische Standorte, nach besseren steuerlichen Bedingungen für den Wohnungsbau und zusätzlich Forderungen nach einer Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge und nach Steuersenkungen. So kommen nur Schuldenbillionen zusammen, aber keine Problemlösungen.

Deutschland kann sich so eine Opposition derzeit eigentlich gar nicht leisten, weder politisch noch finanziell.

EU wird erweiterungsfähig

In der letzten Woche haben wir den Nizza-Vertrag ratifiziert. Durch die Beschlüsse des EU-Gipfels von Nizza von Dezember letzten Jahres wurden die formellen Hindernisse auf dem Weg zur Erweiterung der Europäischen Union beseitigt. Damit haben die Staats- und Regierungschefs ihre Zusage gegenüber den Beitrittskandidaten eingehalten, die EU bis Anfang 2003 erweiterungsfähig zu machen.

Besonders hervorzuheben ist, dass Deutschland sich mit seiner Forderung durchsetzen konnte, im Jahre 2004 eine weitere Regierungskonferenz durchzuführen, auf der Grundsatzfragen der europäischen Integration verhandelt werden sollen. Dazu gehören u.a.:

• Aufnahme der Europäischen Grundrechts-

charta in die Europäischen Verträge,

- Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen europäischer Ebene und den Mitgliedstaaten,
- Gewaltenteilung zwischen Europäischem Rat, Europäischer Kommission und Europäischem Parlament,
- sowie die Vereinfachung der Verträge.

Damit wird es in den nächsten Jahren eine intensive Grundsatzdiskussion über die Richtung und Weiterentwicklung der europäischen Integration geben. Die in der Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union aufgenommenen Grundsatzfragen müssen genutzt werden, um den Entwurf einer europäischen Verfassung auf den Weg zu bringen.